

Bauern, hört die Signale!

„Die Umsetzung der EU-Agrarpolitik wird nicht für jeden Betrieb besser werden“, sagte Landwirtschaftsministerin Elisabeth Köstinger laut APA bei einer Pressekonzferenz am 24. Jänner dieses Jahres. Womit sie den Nagel auf den Kopf getroffen hat. Für die wenigen großen Landwirtschaftsbetriebe in Österreich verheißt das in der Tat nichts Gutes: Sie müssen schwere Einkommensverluste hinnehmen, die viele in die Verlustzone ziehen wird. Die Flächenprämien werden jährlich mit 100.000 Euro pro Betrieb begrenzt. Völlig irrelevant dabei ist, wie der Betrieb arbeitet und dass man für jeden Hektar über diese Deckelung hinaus künftig negative Deckungsbeiträge erzielt. Der „biodiverse Musterbauer“ ist davon ebenso betroffen wie der „traditionelle Konventionelle“. Ökologische Mehrleistungen werden über diese Summe hinaus negiert und damit abgeschafft. Wer groß ist, wird klein gemacht. Anders ist die Zielrichtung der neuen Agrarpolitik nicht zu deuten.



FOTO: AUSTRIAPAPIER

Alfred Heinzl

Die Folgen werden verheerend sein: Die Wettbewerbsfähigkeit der wenigen großen Betriebe wird empfindlich geschwächt, ohne dass die kleineren Bauern davon etwas haben. Das „Capping“ der Förderungen betrifft 43 Großbetriebe. Sie werden rund drei Millionen Euro an Flächenprämien verlieren. Dieses Geld wird auf alle anderen Betriebe verteilt. Jeder von diesen bekommt dann 30 Euro im Jahr zusätzlich. 30 Euro! Den Großen wird die Ertragskraft entzogen, während sich die Kleinen mit dem zusätzlichen Geld gerade einmal eine Kiste gutes Bier kaufen können. Für diese Kiste Bier lässt sich der gesamte Bauernstand gegeneinander ausspielen.

Bauern, hört die Signale! Heute sind die wenigen größeren Betriebe dran, die mehr als 500 Hektar bewirtschaften. Morgen sind jene Bauern an der Reihe, die mehr als 200 Hektar bearbeiten.

Dabei sitzen wir doch alle im selben Boot. Und in diesem sind keine Gewinner zu sehen. Die Gewinner sitzen in anderen Ländern. So wird das „Capping“ der Flächenprämien von der EU nicht zwingend verlangt. Es ist eine Kann-Bestimmung, von der die meisten anderen Mitgliedsstaaten keinen Ge-

brauch machen – Österreich aber sehr wohl. Zudem wagt Österreich in einem anderen Punkt überhaupt einen nicht nachvollziehbaren Sonderweg: Künftig dürfen die Lohnkosten nicht mehr mit der Kürzung der Flächenprämie gegengerechnet werden. Bisher galt: Sollten einem Betrieb die Flächenprämie um 100.000 Euro gekürzt werden, während die Lohnsummen bei 80.000 Euro lagen, reduzierte sich das „Capping“ auf 20.000 Euro. Eine durchaus sinnvolle Regelung gerade für Betriebe, die vielen Menschen im strukturschwachen ländlichen Raum Arbeit geben. Diesen Schutz will Österreich seinen Landarbeitern nun nicht mehr zugestehen.

Für meinen Betrieb bedeutet die neue Regelung: Die Flächenprämie wird von 288 auf 208 Euro pro Hektar gekürzt. Darf künftig die Lohnsumme nicht mehr gegengerechnet werden, werden aus den 208 nur noch 84 Euro, während im benachbarten Ungarn weiterhin 238 Euro pro Hektar gezahlt werden oder in Estland 202 Euro. Auch wenn man das deutlich höhere Kostenniveau in Österreich außer Acht lässt, kann sich jeder ausrechnen, was dieser Wettbewerbsnachteil für die heimischen Betriebe heißt. Die logische Folge wird ein erhöhter Personalabbau sein, auch Pleiten werden nicht zu verhindern sein. Zumal die großen Ackerbetriebe ohne zusätzliche Standbeine schon heute aufgrund ihres hohen Investitionsbedarfs, der damit verbundenen Abschreibungen und der jährlich steigenden Lohnkosten kaum mehr wirtschaftlich zu führen sind.

Nun werde ich als Industrieller das noch irgendwie verkraften können. Aber wollen wir wirklich, dass hierzulande nur noch industrielle größere Landwirtschaften betreiben können? Es geht nicht um „g’stopfte Großbauern“, es geht um die Jungen. Geradezu verheerend ist das Signal, das Österreich mit seiner Vorgehensweise speziell diesen übermittelt. Frei interpretiert: Große Bauern wollen wir nicht, geht doch nach Ungarn oder nach Estland.

Es ist wichtig und richtig, kleine Betriebe in diesem Land zu unterstützen. Aber es ist niemandem geholfen, wenn man den großen Betrieben die wirtschaftliche Grundlage entzieht. Und das alles für eine Kiste Bier...

ALFRED HEINZL (75)
PAPIER-INDUSTRIELLER UND
EIGENTÜMER DER DOMAINE
ALBRECHTSFELD IN ANDAU MIT 1.400
HEKTAR BEWIRTSCHAFTETER FLÄCHE
IM SEEWINKEL, IST MITGLIED DES
BAUERNBUNDES.

GAP 2014-2022 versus GAP 2023-2027

Insgesamt stehen im Vergleich zur Vorperiode um 73 Millionen Euro pro Jahr oder um 365 Millionen Euro in der gesamten Periode mehr für Österreichs Bäuerinnen und Bauern zur Verfügung.

Mit der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab 2023 werden die Mittel neu verteilt. Mit den Maßnahmen für die neue Periode sollen langfristig Voraussetzungen geschaffen werden, die den Betrieben mehr Wertschöpfung auf den Märkten ermöglichen. Die Vorgaben aus Brüssel sind wegen des Green Deals strenger geworden. Schließlich muss jedes Land mittels Um-

baus des Agrarsektors einen Beitrag zum Klimaschutz leisten. Da Österreich bereits viele ökologische Vorleistungen erbracht hat und diese anerkannt wurden, wird die Veränderung für heimische Bauern weniger stark sein als in vielen unserer Nachbarländer. Die GAP ab 2023 knüpft die Vergabe von EU-Mitteln noch stärker als bisher an Mehrleistungen der Bauern. Da sich durch die

GAP-Reform einige Maßnahmen stark geändert haben und das Angebot in der Zweiten Säule größer geworden ist, sind alte und neue Periode aber nicht mehr direkt miteinander zu vergleichen. Bäuerinnen und Bauern müssen sich jetzt gut darauf vorbereiten, wie sie die Mittel abholen können. Folgend eine Gegenüberstellung GAP alt versus GAP neu anhand der ausgewählten Maßnah-

men UBB (Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung), Bio (biologische Wirtschaftsweisen) sowie Tierwohl.

Diese sind neben vielen anderen potenziellen Maßnahmen aus Sicht des GAP-Experten der Landwirtschaftskammer Österreich Karl Bauer, besonders hervorzuheben. Zahlen vorbehaltlich der Genehmigung seitens der EU-Kommission.

GAP ALT

Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung

- Grünlanderhalt
- Mind. 5 % Biodiversitätsflächen
- Max. 66 % einer Kultur
- 5 Stunden Weiterbildung
- 1 Möglichkeit für Grünland-Biodiversität
- 45 €/ha
- 7,2 €/Landschaftselement
- 450 €/ha bis 10% Biodiversität am Acker

Biologische Wirtschaftsweisen

- Einhaltung EU-Bio-Verordnung
- 5 Stunden Weiterbildung
- 230 €/ha am Acker
- 225 €/ha am Grünland

Tierschutz – Weide

- 55 €/RGVE (Rinder, Schafe, Ziegen) bei 120 Weidetage

Tierschutz – Stallhaltung

- Mehr Stallfläche je Tier
- Eingestreuter Liegebereich
- Beschäftigungsmaterial
- 180 €/RGVE ♂ Rinder > ½ Jahre

- 65 €/GVE Mastschweine
- 80 €/GVE Zuchtsauen

GAP NEU

Umweltgerechte und biodiversitätsfördernde Bewirtschaftung

- Grünlanderhalt
- Mind. 7% Biodiversitätsflächen
- Max. 55% einer Kultur
- 3 Stunden Weiterbildung Biodiversität
- 4 Möglichkeiten für Grünland-Biodiversität
- 70 €/ha
- 8 bis 12 €/Landschaftselement
- 380 €/ha bis 20 % Biodiversität am Acker
- 100 €/ha bis 20 % Biodiversität am Grünland
- Weitere Zuschläge für Biodiversitätsauflagen, besonders förderungswürdige Kulturen, Brutflächen und Monitoring

Biologische Wirtschaftsweisen

- Einhaltung EU-Bio-Verordnung
- 5 h Weiterbildung BIO + 3h Biodiv.
- 205 €/ha am Acker (+ für Feldgem.)
- 205 bis 215 €/ha am Grünland
- dieselben Zuschläge wie bei UBB

Tierschutz – Weide

- 50 €/RGVE (Rinder, Schafe, Ziegen, Neuweltkamele, Pferde) bei 120 Weidetage
- 20 €/RGVE Zuschlag bei 150 Weidetage

Tierwohl – Stallhaltung Rinder

- Wie ÖPUL 2015, aber inklusive Teilnahme Tiergesundheitsdienst sowie Qplus-Programm bei ♀ Rindern
- 180 €/RGVE ♂ und ♀ Rinder
- 20 €/RGVE Zuschlag für Festmistkompostierung

Tierwohl – Stallhaltung Schweine

- Wie 2015, aber inklusive Teilnahme Tiergesundheitsdienst
- 180 €/GVE Ferkel
- 65 €/GVE Mastschweine
- 80 €/GVE Zuchtsauen
- 60 €/GVE Zuschlag für GVO-freie Futtermittel aus der EU
- 60 bis 250 €/GVE Zuschlag für Schwanzkupierverbot

GAP-GIPFEL MIT GROSSBETRIEBEN

Mit dem an die EU-Kommission entsandten GAP-Strategieplan sind vor allem einige Großbetriebe und der Präsident der Land- und Forstbetriebe, Felix Montecuccoli, unzufrieden. Grund dafür ist die geplante Deckelung der Direktzahlungen ab 100.000 Euro ohne Berücksichtigung der Gehalts- und Lohnkosten. 43 landwirtschaftliche Betriebe, vor allem

im östlichen Trockengebiet, kämen dadurch in eine wirtschaftlich schwierige Lage und müssten Mitarbeiter entlassen. Am 14. Februar fand dazu eine Gesprächsrunde mit Vertretern der betroffenen Betriebe statt. Mit den bis dato über die 1. Säule lukrierten Mitteln war es den betroffenen Betrieben möglich, Pionierprojekte und Umweltleistungen

umzusetzen. Fällt ein Großteil der Gelder ab 2023 weg, werde dies nicht mehr in diesem Ausmaß möglich sein. Alle an diesem Gipfel Beteiligten wollen sich weiterhin in den Gesprächen mit den Grünen um eine Lösung bemühen. Der Präsident des Bauernbundes, Georg Strasser, dazu: „Wir hatten ein sehr gutes Gespräch und sehen

auch die Umweltleistungen, die von den jetzt betroffenen Betrieben erbracht werden. Zudem ist uns die strukturelle Vielfalt der Landwirtschaft innerhalb Österreichs wichtig, und daher werden wir uns in den Gesprächen mit dem grünen Koalitionspartner um eine Lösung im Sinne aller Beteiligten bemühen.“